

# Merseburger Tageblatt

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatlich 18 Mk., durch Boten bezogen monatlich 20 Mk., bei Postbezug monatlich 21 Mk. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 1 Mk. Postbezugskonto: Amt Leipzig Nr. 18 634. Geschäftsstelle: Rotherstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Vahlg.

### mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 102.

Dienstag, den 2. Mai 1922.

162. Jahrgang

### Tageschronik

Nach einer sehr erregten Debatte wurde das Memorandum an die Russen fertiggestellt.

Zischlischer verteidigt in einer Note an die Polen sehr energisch den Rapallovertrag.

Die Russen verneinen gegenüber Frankreich das Bestehen militärischer Geheimverträge.

Neue Nachrichten über die militärischen Wälfungen Polens.

Der 1. Mai ist im Reich im allgemeinen ruhig verlaufen.

### Das Memorandum an die Russen endlich fertig. Eine lebhafte Debatte über die Eigentumsfrage.

Genua, 2. Mai. In der Montagmorgens-Sitzung der Vertreter der einladenden Mächte, an der auch Polen, Schweden, Rumänien und die Schweiz teilnahmen, wurde das Memorandum an die Russen vollständig ausgearbeitet und in seinen grundsätzlichen Bestimmungen angenommen.

Es wird voraussichtlich heute nachmittag zwischen 5 und 1/2 Uhr der russischen Delegation zugestellt werden. Eine Frist ist für die Beantwortung nicht gestellt.

Vor Eintritt in die Debatte über das Memorandum machte Schaner Mitteilung über die Note Zischlischer vom 28. April, die bereits veröffentlicht ist und von der Unterwelt de facto. Hierauf prüfte man Artikel 2 des Entwurfs des Memorandums, der sich auf die Kriegsschulden bezieht und der nach kurzen Meinungsäusserungen angenommen wurde. — Sodann wurde Artikel 3 in Beratung gezogen, der die Verpflichtung der Sowjetregierung, das Privatigentum zurückzuerstatten,

fordert. Die juristischen Sachverständigen hatten beantragt, daß dieses Privatigentum grundsätzlich zurückgestellt werden solle, aber eine Kommission, zum Teil aus Militärs, zum Teil aus Russen zusammengesetzt, soll prüfen, ob die in Russland bestehenden Gesetze diese Aufgabe gestatten. Falls dies nicht der Fall wäre, soll die Kommission Entschädigungen für die Besitzer des Privatigentums festlegen. Ueber diesen Punkt entspann sich

#### eine ansehnliche erregte Debatte.

Jasper legte einen Änderungsantrag vor, worin er forderte, daß den Privatigentümern ihre Rechte vollkommen zurückgestellt werden sollen, sobald deren Güter identifiziert wären. Belgien zeigte große Interesse in Russland und ein Teil seiner Erparnisse sei in Russland angelegt. Jasper erinnerte an die Resolution von Gannes, welche forderte, daß Sowjetrußland das Privatigentum zurückstellen solle. Folgebefehl wurde die Vorlegung von Gannes seinen Zweifeln darthun lassen, daß ein System von Kompensationen möglich sei. Facta sprach zugunsten der Anschauung Jaspers und Barthous. Jasper wiederholte energisch seinen Antrag, Lloyd George lehnte ebenfalls ab. Barthou behauptet, daß die Wählung des Antrages Jasper eine Entschädigung für Belgien wäre, was man nicht zulassen dürfe. Lloyd George erwiderte, daß er diese Ansicht nicht habe, folgebefehl stimmt er zu, daß der Antrag Jasper der juristischen Kommission zur Begutachtung übergeben wird.

Diese Kommission trat um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, prüfte die Anträge und lehnte den Antrag Jasper ab. Deshalb unterzeichnete dieser das beschlossene Protokoll nicht. Barthou stimmte diesem zu, allerdings unter der Voraussetzung, daß die französische Regierung diesen Beschluß ratifiziere.

Da hiermit das Memorandum an die Russen endgültig fertiggestellt war, setzte Barthou seine immer wieder hinauszugeschobene Reise auf Dienstag früh fort.

### Auf und redet eine energische Sprache. Die Verteidigung des Rapallo-Vertrages gegenüber Polen.

Genua, 2. Mai. In der Antwortnote der russischen Delegation an die Note der polnischen Delegation vom 25. April heißt es, daß der Vertrag von Rapallo als die gegenseitige Verzichtsleistung auf alle Ansprüche begründet ist. Wenn Ansprüche beider Staaten gegenüber Russland bestehen würden, diese durch die Vermittlung von Ausland verlangt werden müßten, so hätten diese Ansprüche keinen Grund. Außerdem hätte die russische Delegation keine Kenntnis erhalten und

die russische Regierung kann ihre Existenz daher nicht anerkennen.

Wenn indessen Deutschland irgendeine Vereinbarung mit dritten Staaten durch den Rapallovertrag verletzt hätte, so wäre diesen Mächten der Weg diplomatischer Vertretung offengeblieben, während sich die Signatarmächte in ihren Rechten vom 18. und 23. April das Recht anemacht haben, ohne Rücksicht darauf zu verfahren, Bedingungen über den Vertrag, die Russland geschloffen hat, für richtig zu erkennen. Zudem Polen daher dem gegenseitigen Niederzulegen von gegenseitigen Ansprüchen durch Russland und anderen Staaten Schwierigkeiten bereitet, verhindert es dadurch die Erfüllung Russlands und verlegt somit Russland den einzigen Weg, der ihm offensteht, um die europäische Strafs zu verhindern. Ebenjovonit könne Russland zustimmen, daß Verpflichtungen ihre Geltung verlieren, wenn sie in der Form eines Schlichtungsprotokolls festgelegt werden. Russland sei gewöhnt, alle Vereinbarungen die durch regelmäßigen Vertrag gekennzeichnet seien, als bindend zu betrachten. Nach völliger Ablehnung der polnischen Denunziation schließt die Note mit folgenden Worten: Wenn ich auch nochmals den unänderlichen und festen Friedenswillen Russlands unterstreiche, so ist es mir doch unmöglich, mein Bedauern darüber zu verschweigen, daß die letzten Schritte der polnischen Delegation kaum geeignet sind, die Festigung der durch den Vertrag von Rapallo mit Russland geschloffenen Beziehungen zu fördern.

### de Facta fordert Aufklärung von Zischlischerin.

Genua, 2. Mai. In einem Schreiben an Zischlischerin beantwortet der Präsident der Konferenz, de Facta den letzten russischen Protest über die Handhabung der Beratungen der ersten Kommission und fordert Aufklärung über die Anspielung Zischlischerins, daß die russische Delegation eventuell auf das frühere russische Memorandum zurückkommen würde.

### Russische Pläne.

Aus Gesprächen, die der Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ mit verschiedenen führenden russischen Persönlichkeiten hatte, ergibt sich ungefähres folgendes Bild für das Verhalten der Russen in Genua: Falls die Entente-mächte auch weiterhin die Gewährung einer Anleihe verweigern sollten, wollen die Russen es getrost

#### zum Abbruch der Verhandlungen kommen lassen

und hernach in den nächsten Monaten versuchen, in Sonderverhandlungen mit gewissen Mächten zu treten. Die bolschewistische Regierung will sich dann besonders an Amerika mit weitgehenden Vorschlägen wenden, die sich namentlich auf Eisenbahnkonzessionen in Sibirien beziehen.

### Das Gutachten über den Vertrag von Rapallo.

Paris, 2. Mai. Die juristischen Sachverständigen der Reparationskommission haben den Bericht fertiggestellt, der von ihnen durchgesehen wurde, um die Frage zu klären, ob der Vertrag von Rapallo dem Verfallvertrag widerspricht. Das Gutachten ist bisher der Öffentlichkeit nicht übermittel worden. Die Reparationskommission wird sich heute damit beschäftigen und nach am Abend der deutschen Regierung Mitteilung zugehen lassen.

### Ein Briefwechsel Zischlischerin—Barthou.

Ein Protest gegen die Verdrängung militärischer Geheimverträge.

Genua, 2. Mai. Zischlischerin richtete an Barthou ein Schreiben, das, wie er sagt, zur Befestigung der Meinungsverschiedenheiten und Involuntarität dienen soll, die den normalen Gang der Konferenzarbeiten verhindern. Zischlischerin verweist sich darin gegenüber den französischen Presseüberlegungen dagegen, daß der deutsch-russische Vertrag geheime militärische oder politische Bestimmungen mit einer Spitze gegen Frankreich enthält. Das Wort von Rapallo ist nach der Ansicht der russischen Regierung nichts anderes, als der Beginn einer Reihe von Wagnungen, die gemäß den Anschauungen der russischen Abordnung das allgemeine Wohlkommen erregen sollen, das die in Genua versammelten Mächte anerkennen.

### Auf den Spuren Erzbergers.

„Im Lande Baden“, so wird der „Rheinischen Volkszeitung“ aus Karlsruhe geschrieben, „erregt gegenwärtig eine Mitteilung des Finanzministers Köhler, die er in einer Versammlung in Pforzheim machte, und die der „Vnd. Beobachter“ in Nr. 90 weiter gab, großes Aufsehen“. Der Inhalt dieser Mitteilung gibt das genannte Zentrumsbüro wie folgt an: Das stellvertretende Generalkommando von Karlsruhe berichtete im Herbst 1917 nach Berlin: „Die Gesamtheit der Zentrumspartei zur Verfügung stehende Organisation (Geistliche) in der Provinz Baden ist im Sinne der Reichsregierung zu verwenden. Die Besetzung hierfür seien einmündig zu erheben“. Weiter schrieb das Generalkommando nach Berlin: „Die Organisation dieser Flammader liegt im Sinne, vom kirchlichen Sinn der Heinen Leute getragen, allmächtig durch den Nimbus Erzbergers. Ihre Arbeit vollzieht sich in der Dunkelheit, kaum in öffentlichen Versammlungen, und ist deshalb für das Generalkommando unmittelbar nicht zu fassen. Nur von der Zentrale und im ganzen Deutschen Reich könne dieser ungeheuren Schädigung begegnet werden. Es dürfe dabei aber nicht daran vorbeizugehen werden, die unheimliche Gefährlichkeit der Organisation zu kennzeichnen und ihren objektiven Inanspruchnahmen Gerechtigkeit anzufprechen“.

Die „Rheinische Volkszeitung“ als führendes Zentrumsbüro ist ebenfalls sehr ungenau über diesen Bericht des stellvertretenden Generalkommandos, beschränkt ihn als Beleidigung und betont: „An dieser „komplexierten Stimmung“ waren das Zentrum und die katholische Kirche sicherlich nicht schuld“. Das mag man wohl gelten lassen, nicht das Zentrum als solches und nicht die katholische Kirche schließt, noch viel weniger das katholische Volk, waren es, die die Flammader zum Unglück Deutschlands herbeizuführen halfen. Aber jedenfalls einseitig, bis innerlich das Zentrum ihr Wesen trieben. Und da ist es ungemein interessant, daß hier der Name Erzbergers schon im Herbst 1917 in diesem Zusammenhang auftaucht. Und man erinnert sich dabei an mancherlei Vorgänge, die uns heute beim Rückwärtssehen erklären und im planmäßigen Zusammenhang erscheinen. Es war ja um jene Zeit, daß Erzberger in Süddeutschland zu Flammadervertrag hielt, daß seine Vertreibung in der Presse bedroht wurde, was freilich ihre Widergabe in kleineren süddeutschen Blättern nicht unterband. Um dieselbe Zeit spielte auch, nach dem im Oktober 1917 erfolgten Tode des Reichstagsabgeordneten Erzberger, bei der Ergründung in Baugen-Ramberg Erzberger, der als Zentrumswahlkandidat bei früheren Wahlen dort Einfluß besaß, eine verhängnisvolle Rolle. Diese Erzbergerrolle sollte, wie die Zeitungsverläufe betonen, eine Machtprobe darstellen zwischen Friedensfreunden und Artzbergerlängern um die Schlagorte zu gebrauchen. Und das konnten die Sozialdemokraten einen Brief Erzbergers vorzeigen, in dem er die Katholiken im Kreis auffordert für die Sozialdemokratie als die Friedenspartei zu stimmen. Was dann tatsächlich der Erfolg hatte, daß gerade die katholischen Dörfer beim Kaiserlichen, die als die sicherste Stütze der Weichen gegolten hatten, dem Sozialdemokraten zum Siege verhalfen. Das stellvertretende Generalkommando von Karlsruhe war schon sehr gut unterrichtet, wenn es den Namen Erzbergers im Zusammenhang mit landesgefährlicher Flammader nannte. Es hatte auch sonst nicht unrecht, daß es bemerkt war über die Stimmung in badischen Zentrumskreisen. Man braucht heute nur die Namen Heidenbach und Birich zu nennen. Selbstverständlich werden auch diese Männer es weit von sich weisen, wenn man die obigen Worte der verantwortlichen Stelle auf sie beziehen wollte. Es gibt aber nicht wenige Leute in Deutschland, die die Politik dieser gefährlichen Schüler für kaum weniger schädlich für Deutschland halten als die seine. Wie sie damals in ihrer Umgebung gewirkt haben mögen, das kann man ja daraus schließen, daß sie selbst heute noch nicht umgekehrt haben.

### Vor der nächsten Plenarsitzung.

Genua, 2. Mai. Morgen vormittag 10 1/2 Uhr wird eine Plenarsitzung der Konferenz stattfinden. Hierbei werden die Berichte der Finanzkommission und der Transportskommission vorgelegt werden, letztere von Sir Northcote. Die Bericht der Wirtschaftskommission ist noch nicht fertiggestellt.







# Beilage zu Nr. 102 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 2. Mai 1922

## Sind die Grundrechte der Beamten gesichert?

Von Emil Gerschbach, M. D. D.

Es ist ein bedeutendes Zeichen für den heutigen Rechtsstaat, daß die Frage, ob die Grundrechte der Beamten tatsächlich gesichert sind, kaum drei Jahre nach Inkrafttreten der Reichsverfassung erneut gestellt werden muß. Zwingender Anlaß geben aber zweifelslos mehrere Vorgänge auf dem Gebiet der Beamtenbeschäftigung der letzten Zeit.

Den Bestimmungen aller für die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Berufsbeamtenrechts kämpfenden Kreise, unter denen die Deutschnationalen Volkspartei stets in vorderer Linie steht, war es bekanntlich seiner Zeit gelungen, im Art. 129 der Reichsverfassung die Bestimmung zu schaffen, daß die wohlverordneten Rechte der Beamten (mit lebenslänglicher Anstellung, Beförderung, Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung) unverletzlich sind.

Ganz unerwartet ist daher allen Beamten das Urteil des Reichsgerichts über die Rechtsgültigkeit des preuß. Zwangsrentenversicherungsgesetzes gekommen. Nachdem sowohl die landgerichtliche als auch die Kammergerichtliche Entscheidung die Zwangsrentenversicherung für verfassungswidrig erklärt hatte, stellt sich das Reichsgericht nunmehr auf den Standpunkt, daß das Altersrentengesetz nicht gegen wohlverordnete Rechte verstoße. Der Ausdruck „lebenslängliche Anstellung“ dürfe nicht wörtlich genommen werden, denn im Art. 104 der Reichsverfassung sei der Beförderung ausdrücklich vorbehalten, Altersgrenzen für die Beamten festzusetzen. Unter „Lebenszeit“ könne also nur die Zeit bis zum normalen Eintritt der verminderten Diensttauglichkeit verstanden werden.

Man wird gegen diese Begründung mancherlei einzuwenden haben. An der Tatsache ist nach dieser Reichsgerichtsentscheidung nicht mehr zu rütteln, daß damit alle Projekte, die von betroffenen Ministern und Beamten gegen den Fiskus angezettelt worden sind, als verloren gelten müssen. Außerdem wird höher als unmittelbare Folge dieser Reichsgerichtsentscheidung namentlich auch ein Zwangsrentenversicherungsgesetz für die Kreisbeamten zu erwarten sein.

Von ganz grundsätzlicher Bedeutung ist aber in der Begründung zu dem Reichsgerichtsurteil noch ein Satz, der für die Zukunft der Beamtenrechte geradezu verhängnisvoll werden kann. Es heißt nämlich darin: „Der Staat kann auch wohlverordnete Rechte einschränken oder aufheben, und zwar mit oder ohne Entschädigung, wenn die Wurzel alten Rechts ist die Macht des Staates“. Wenn das Rechts ist, dann ist der Beamte dieser Macht, von der unser „moderner“ Staat vorwiegend rücksichtslos Gebrauch machen wird, rechtungslos ausgeliefert.

Schon bevor dieser inhaltlich schwere Satz ausgesprochen wurde, hatte das Reich mit dem Abzug der Beamtenrechte begonnen. An erinnert man an das Rentensicherungsgesetz, das dem Reichstage bereits zur Beschlußfassung vorliegt. Noch ist dieser Gesetzentwurf nicht vollzogen, und schon liegt ein neuer Gesetzentwurf vor, der den ohnehin durch

die Beförderungsneuregelung vom November 1921 schwer geschädigten Wartegeldempfängern zu Leibe will. Durch diesen Gesetzentwurf sollen nämlich die Wartegeldempfänger bei Verlust des Wartegeldes gezwungen werden, jedes planmäßige Amt sowie jede mindestens einjährige Beschäftigung im Reichsdienst anzunehmen, sofern ihnen die ausübende Tätigkeit unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und bisherigen Verhältnisse zugemutet werden kann. Daß dieser Gesetzesentwurf ebenfalls wieder einen Eingriff in die wohlverordneten Rechte der Beamten bedeutet, ergibt sich ohne weiteres aus den Bestimmungen der §§ 23 und 28 des Reichsbeamtenengesetzes, wonach Wartegeldempfänger nur verpflichtet sind, lebenslängliche Ämter von wenigstens gleichem Range und Gehalt anzunehmen. Der modernen Gesetzgebung verleiht das natürlich nichts. Das Schicksal dieses Gesetzentwurfs dürfte nach der eingangs erwähnten Reichsgerichtsentscheidung, wonach der Staat kraft seiner Macht wohlverordnete Rechte einschränken oder aufheben kann, bereits feststehen.

Auch die noch immer im Vordergrund stehende Eisenbahntätigkeit kann eine Gefährdung des Berufsbeamtenrechts bedeuten, wenn nach der Willkür des Reichsverkehrsministeriums bei einmaliger Annahme des Eisenbahnangehörigen die Besondere bestimmte Besoldungsgruppen überhaupt nicht mehr als planmäßige Beamte angestellt, sondern künftig nur noch als Angestellte beschäftigt werden sollen.

Denken wir ferner daran, daß auch die Neugestaltung des Beamtenrechts, der Gesetze über die Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung sowie über die Beamten-Haftpflichtfrage noch zu erwarten steht, und was die künftigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Beamtenbeschäftigung bringen können, je größer die Not des Staates wird, so ergibt sich daraus, daß trotz der Sicherung in der Reichsverfassung andauernd ernstlich um die Rechte der Beamten gekämpft werden muß.

Zu diesem Kampf wird die Deutschnationalen Volkspartei auch weiter ihren Mann stehen zum Wohle des Beamtenrechts und damit auch zum Wohle des Staates.

## Politische Rundschau

Es hat keine Autarkiewirtschaft?

In der neuesten Nummer des „Sozialistischen Erzherbes“ wird eine Rede des früheren Staatsministers Hänelich vor der „Freien Volksgewerkschaft Deutschlands“ wiedergegeben, in der es u. a. heißt: Es ist nicht gleichgültig, ob wir Sozialisten in der Regierung sitzen oder nicht. Der allein bei der Personalpolitik. Daß es jetzt jeder erste Kreisfahrplan in Preußen Sozialist ist, will doch bei der geringen Zahl sozialistischer Lehrer etwas heißen. . . . Es war nahezu unmöglich, eine größere Anzahl höherer Beamten gegen ihren Willen zu entfernen, da sowohl Disziplinarverfahren wie auch strafliche Mittel nur selten zum Ziele führten. Daß es nur trotzdem gelungen ist, 14 dieser Herren zu entfernen, muß anerkannt werden. Das Innenministerium ist trotz allem

das am meisten mit Sozialisten durchsetzte Ministerium.“ — Herr Hänelich gibt damit also selber zu, daß man alle nur denkbaren Mittel angewendet hat, um durch Entfernung von Beamten aus ihren Stellen Platz zum Einschleichen von Sozialisten zu machen. Und das, obwohl die geringe Anzahl der Sozialisten, die etwa überhaupt in Betracht kommen konnten, das sehr erleichterte. Darf sich die Sozialdemokratie beliebt fühlen, wenn dem gegenüber der Vorwurf der Autarkiewirtschaft erhoben wird? Wäre etwas Ähnliches unter dem alten Regime vorgekommen, wie hätten die Sozialdemokraten über Korruption gegerst?

## Wahlregelung eines Landrats.

Vor einigen Tagen teilte der preussische Minister des Innern Seevering in einer sozialdemokratischen Versammlung in Bielefeld mit, daß er beabsichtige, den Landrat des benachbarten Kreises Halle (Westfalen) wegen Teilnahme an einer monarchistischen Demonstration seines Amtes zu entheben. Wie jetzt der „Reichs- und Staatsanzeiger“ mitteilt, ist der Landrat zum Regierungsrat „ernannt“ und dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf überwiesen. Bei der angelegentlich monarchistischen Demonstration handelte es sich darum, daß in einer landwirtschaftlichen Versammlung am 27. Januar einer der Teilnehmer mit herzlichen Wünschen des Kaisers gedachte, wobei sich mit der ganzen Versammlung auch der Landrat, der von dieser Rede vorher keine Kenntnis gehabt hatte, von seinem Sitze erhob. Der Kreisvorsitzende des Kreises Halle beabsichtigt, gegen die Amtesenthebung des Landrats, der sich bei allen Kreisangehörigen besonderer Wertschätzung erfreut, Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich wird die Angelegenheit noch ein parlamentarisches Nachspiel haben.

## Die Liquidationsfäden.

Berlin, 30. April. Eine dazu eingesetzte Kommission hat sich dieser Tage mit dem bereits fertig gestellten Entwurf zum Liquidationsfädengesetz beschäftigt, das nach der ersten Prüfung nicht die Zustimmung der interessierten Kreise fand. Die Kommission hat an dem Entwurf wesentliche Änderungen vorgenommen. Der nunmehr geänderte Entwurf wird in den nächsten Tagen die Regierung beschäftigen und nach Verabschiedung durch die Regierung, wie wir von parlamentarischer Seite hören, dem Reichstage gehen.

## Handel und Verkehr.

Der Dollar 280.

Berlin, 1. Mai. Die Werte war äußerst listlos und das Geschäft gering, da im Hinblick auf die Maßfeier der Besuch recht erdrosselt war. Der Dollar notierte 280. Die Kurse waren nur geringfügigen Schwankungen unterworfen mit Ausnahme von oberdeutschen Werten, die auch weiter gefragt blieben. Kartontypen liefen sich auf 2310.

Der Devisenmarkt blieb sehr still bei kaum veränderten Kursen: Newyork 282, London 1248, Holland 10000, Schweiz 5475, Paris 2590, Brüssel 2380, Prag 540.

**Preisrückgang am Häutenmarkt.**  
 Am Hochhäutenmarkt verhalten sich die Käufer nach wie vor abwartend. Auf den letzten Auktionen gingen die Preise für alle Gattungen weiter zurück, insbesondere sind Halbweidhäute auf einzelnen Auktionen noch behaupten konnten. Auf den letzten Versteigerungen wurden für norddeutsche Ware, gegennüßig März, folgende Preise erzielt: 30-33 Echthäute 32.00-40.00, Bullenhäute 28.50-40.00, Kuhhäute 31.00-35.00, Maibelle 61.00-63.00, Schaffelle 20.00 bis 28.00 M. pro Fund, Weidhäute große pro Stück 1200 Mark, April: Echthäute 25.00-40.00, Bullenhäute 23.00 bis 24.00, Kuhhäute 26.00-35.00, Maibelle 45.00-50.00, Schaffelle 18.50-25.00 M. pro Fund, Weidhäute große pro Stück 1100 Mark.

Wesentlich gestiegen sind auch die Preisrückgänge auf den süd- und mitteleuropäischen Versteigerungen.  
 Auch am Weidenmarkt hält die abwartende Haltung der Käufer weiter an. Die Preise sind jedoch hier immer noch fest und gegen den Vormonat in diesem Monat noch unverändert. In der Ledererarbeitenden Industrie, insbesondere der Schuhindustrie, ist es bisher zu Preisveränderungen nicht gekommen. Immerhin wird ein weiterer Rückgang der Hautpreise auf die Beschaffung der Preise für Fertigarbeiter aller Art sehr bald nicht ohne Einfluß bleiben.

**Schwere Preisrückgang auf den Pferdewärtern.**  
 Die Pferdepreise steigen ununterbrochen weiter. Auf den letzten Pferdewärtern wurden geradezu Quantitätswörter gefordert und auch gezahlt. Insbesondere ist die Nachfrage nach guten Arbeitstieren sehr lebhaft und so wurden auf den letzten Märkten für jüngere Arbeitstiere großen Schlags 30.-65 000 Mark pro Stück bezahlt. Ältere Pferde und Pferde des kleineren Schlags sowie sogenannte Jüngerer waren fast alle nach Beschaffenheit der Tiere 10.-25 000 Mark. Erstklassige Wagenpferde und Jungstuten kosteten 75.-80 000 Mark pro Stück. Wie gewöhnlich die Preise gestiegen sind, geht aus einer Gegenüberstellung von 1913 hervor, wo für beste Pferde 1200 Mark pro Stück bezahlt wurden. Das kostet heute gerade die Haut des Tieres.

**Turnen, Spiel und Sport**

**V. f. V. Merseburg gegen Sp. B. 99 Leipzig 2:0 (1:0).**  
 (Von unserem nach Neumarkt entsandten Berichterstatter.)  
 Der 30. April wird in der Vereinsgeschichte der Spielvereinigung von 1913-Neumarkt ein Markstein sein, der sich durch seinen leuchtenden Glanz vor allem anderen hebt. Die richtige Pionierarbeit des Vereins für unsere große Sportbewegung, speziell für den allseitig so beliebten Fußballsport, fand vorgetrieben ihre Krönung in der Vereinerneuerung, die den denkbar besten Resultat nahm. Die Aussichten auf gutes Gelingen wurden lieber am Sonntag durch den pflanzlichen Regenstauer stark gemindert, und wenn etwas die hochgepriesenen Erwartungen in den Vorkämpfen der beiden Gännemannschaften enttäuschte, dann geht das auf Kosten des schließlichen Erfolges für unsere Bewegung, der die Spielvereinigung Neumarkt einen wertvollen Dienst erwies. Die Organisation klappte tadellos, und da auch der Besuch ein wider Erwarten guter war — nahezu 3000 Personen waren anwesend — so dürfte auch in dieser Beziehung der Veranstalter auf seine Kosten gekommen sein.

Nachdem die Vigarerevemannschaft des V. f. V. Merseburg die erste Elf von Neumarkt in einem leider vorzeitig beendeten Treffen nach sieben Rängen mit 3:2 hatte schlagen können, gab der starke Beifall der Zuschauer beim Betreten des Platzes beider Viganemannschaften den Anstoß zum Wiederbeginn. Zunächst verarmte der Veranstalter beide Gegner um sich und Herr Koch wies als Vorkämpfer der Spielvereinigung Neumarkt in kurzen Worten auf die Bedeutung des Spieles als Propagandaveranstaltung hin. Nachdem Herr Viebach für den V. f. V. Merseburg und ein Leipziger Herr für den Sp. B. 99 gebannt hatte, rief der Pfiff des Unparteiischen zum Vollen. Beide Mannschaften zeigten bei Anstellung einige Abwagungen von dem gedrückt verteilten Programm auf; bei V. f. V. fehlt Schenk im Tor, bei Leipzig ein Verteidiger und Rechtsaußen. Die Schnelligkeit des sich entwickelnden Kampfes litt offensichtlich unter dem glatten Boden; V. f. V. suchte durch forcierete Flügelangriffe diesem Uebelstande am besten abzuhelfen und brachte dadurch die ganze erste Halbzeit die Initiative an sich. Thon II als Mittelflügel ist wieder der alte; seine Angriffsführung war bei weitem umfänglicher als die des jugendlichen Gegenübers. Leipzigs Hintermannschaft hatte schwer zu arbeiten, der Torwart tettel vielerlei gut. Erst die 22. Minute durchbricht das Bollwerk der gegnerischen Verteidigung, aus deren Mäuel heraus Thon I einen scharfen Dreißball zum Führungstor einschickt. Dieser Erfolg sollte der einzige bis zur Pause bleiben, in welcher, gleichsam zum nachträglichen Anstoß, die herrliche Tordröbe des wertvollen Silberpokals Spielern und Zuschauern gezeigt wird. Mit unverminderter Härte geht der Kampf weiter, in dem zunächst Leipzig etwas Oberwasser gewinnt. Besonders der linke Flügel schafft gefährliche Situationen, doch orientieren sich und der ebenfalls als Verteidiger recht erfolgreich tätige Böttner wissen die Gefahr abzumenden; der Rest erledigt Trinks (früher West-Deutschland) im Tor sicher. Dann wird das Spiel wieder offen; bei V. f. V. ist die rechte Seite die gefährlichere. Der gegnerische Torwart verachtet durch ganz unumtätiges Halbfahren einen freistehenden Thon II kurz zu Pflaum auf, der ihn sicher einschickt. Bei diesem 2:0-Ergebnis bleibt es. Endverhältnis 6:2 für V. f. V. Merseburg.

Merseburg gemann verdient. Was die Leipzig an technischen Feinheiten voraus hatten, machte Merseburg durch besseres taktisches Resultat und größeren Siegessifer wieder wett. Den Ausschlag gab dann die größere Durchschlagskraft des V. f. V. Sturms. Herr Verlich (Kobort Halle) antierte einmündig als Unparteiischer.

**Sp. B. 99 in gegen Spielb. Nietleben 4:1 (2:0).**  
 (Eigene Berichterstattung.)

Glatte Rasenböden, fürperliche Kampfesweisen der Gäste und schnelle Entschleunungen auf beiden Seiten vermochten das Verbandsspiel auf dem 99er Platz nicht gerade als ein auf besonderer Höhe liegendes Spiel kennzeichnen. Die erste Halbzeit mochte es noch angehen. 99 lieferte da ein recht gefälliges Angriffsspiel, das den Gegnern kaum über die Mittellinie ließ. Allen ein Halbzeitverhältnis von 6:0 für 99 verspricht deutlich die Überlegenheit des Platzbesizers. Wenn es trotzdem nur zu zwei, bald nach Beginn erzielten Toren durch Haugl (Schmeier) und B. Würtel langte, so liegt das an der hervorragenden Widerwehr des Nietleber Torwarts einerseits und dem mangelhaften, auch von Reich verfolgten Schußleistungen des 99er Sturms ander-

seits. Nach dem Seitenwechsel kämpfte Merseburg gegen die Soine, ein Umstand der in der Hintermannschaft 998 einige Unsicherheiten hervorrief und auch wohl an dem von Nietleben in der 58. Minute erzielten Eigentor schuld ist. Als dann aber 99 durch einen feinen Lauf Planerts und eine sichere Sade von Klein zwei Tore erzielt hatte, gab es nur noch ein Maß und Mauspiel vor der Gäste Tor, zumal ein Schürmer des Feldes verwiesen wurde. Doch blieb es infolge der schon oben erwähnten Umstände bei dem 4:1 Ergebnis. — Bei Nietleben ratte außer dem Torwart und linken Verteidiger niemand sonderlich hervor. 99 hatte seine Werten in Meißner, der für Schmeier vertritt, sowie in der Hinterreihe; im Sturm begünstigte die an der Außenreihe bedeutend trodenere Spielfläche Kampf und Spielweise der Flügelleute. — Der zufällig auf dem Platz anwesende Unparteiische von V. f. V. Ludwigsburg bei Zutun prang für den nicht erschienenen Schiedsrichter bereitwillig ein und leitete mit peinlich genauer Sorgfalt.

**Sonstige Resultate: 99 II gegen Nietleben 11:5; 99 gegen Köffen 3:0; Germania III gegen 99 IV 0:3; 99 erste Jugend zwei Punkte kamplos von Borussia Halle; 99 erste Knaben gegen Mücheln erste Knaben 1:4.**

**Hockey [Stoback].**  
 Der „Sportclub“-Weimar hat drei Mannschaften in Merseburg.

Eine große Aufgabe hatte sich der Sportverein 99 mit der Verpflichtung des weit über die Thüringer Gänge hinaus rühmlichst bekannten Sportclub-Weimar gestellt. Ind er hat sie im allgemeinen trotz zweier Niederlagen recht gut gelöst. Es ist der ersten Mannschaft nach rasend schnellem und abmehelnden Kampf gelungen, mit dem Resultat von 2:1 siegreich zu bleiben, nachdem sie fast gegen Ende mit 2:0 geführt hatte. Es ist das ein Beweis dafür, daß Eifer und Energie auch bei einem technisch überlegenen Gegner zum Erfolge führen können.

**Nachfolge die Spielberichte:**

**99 II gegen Sp. B. Weimar 11:5 (0:2).**  
 Die Niederlage ist nicht so sehr eine Folge der Ueberlegenheit der Gäste als des Umfandes, daß die heftigen fast das ganze Spiel hindurch mit nur neun Mann kämpften mußten. Dadurch wurde der Zusammenhang in der Mannschaft völlig gestrichen, und die große Aufspürung Einzelner konnte natürlich das Verhängnis nicht aufhalten.

**99 Tamer gegen Sp.-Gl. Weimar 1. Tamen 1:2.**  
 Ein sehr ehrenvolles Resultat und ein Reichen dafür, daß in der Tamentodballabteilung des Sp.-B. 99 tüchtig gearbeitet wird! Das Spiel war von Anfang bis Ende ausgleichend und sah die glücklichere Mannschaft als Sieger.

**99 I gegen Sp.-Gl. Weimar 1:2 (0:0).**  
 Die Gäste waren zweifelsohne die technisch bessere Mannschaft; 99 erzielte das Fehltore durch einen lange nicht gelungenen Eifer und einen unerwarteten Siegeswillen. Sie Seele bei 99 war wieder E. C. als Mittelflügel; er war der beste Mann auf dem Felde. Dem Sturm war G. B. e. r. ein guter Vetter, das Schlußstück ward von dem jugendlichen Fischer geschütet. Die ganze Mannschaft gab ihr Bestes und darum war der Sieg ein vollst. verdienter. Er ist um so erfreulicher, da er zeigt, daß 99 unsere Vaterstadt würdig vertreten kann, wenn die Mannschaft nur den nötigen Siegeswillen mit aufs Feld bringt.